



MOLACNATS – Bewegung der arbeitenden Kinder Lateinamerikas und der Karibik

Erklärung

zur Global Child Labour Conference – Den Haag, 10.-11. Mai 2010

Wir erheben die Stimme

als Bewegung der organisierten arbeitenden Kinder Lateinamerikas und der Karibik, um gegen den Mangel an Respekt zu protestieren, den die Organisatoren der Konferenz von Den Haag uns gegenüber demonstrieren haben, indem sie uns nicht zur Vorbereitung dieser Konferenz eingeladen und noch nicht einmal über sie informiert haben.

MOLACNATS

ist eine soziale Bewegung, in der sich seit etwa 30 Jahren die arbeitenden Mädchen und Jungen organisieren, um gemeinsame Aktionen zur Verteidigung und Förderung der Rechte aller Kinder zu unternehmen, insbesondere im Kampf um die soziale, kulturelle, politische und wirtschaftliche Anerkennung des Lebens und der Arbeit der arbeitenden Kinder und der Anerkennung der Kinder im Allgemeinen als soziale Subjekte und Akteure mit eigenen Rechten.

Es ist unannehmbar,

dass wir, die legitimen Repräsentanten der organisierten arbeitenden Kinder Lateinamerikas und der Karibik, bei der Einladung zu dieser Konferenz ignoriert wurden, obwohl Themen diskutiert werden, die unsere Realität direkt betreffen. Die ausschließliche Anwesenheit von Erwachsenen, die in ihrer Mehrheit von unserer Lebensrealität weit entfernt sind, bestätigt aufs Neue, dass weiterhin eine erwachsenen-zentrierte Sicht auf die arbeitenden Kinder vorherrscht und dass die Partizipation der Kinder allein auf die Verkündung guter Absichten und juristische Dokumente beschränkt bleibt.

Wir klagen an,

dass unser Recht auf Partizipation gemäß Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention verletzt wird, wobei wir insbesondere auf die Allgemeinen Bemerkungen und Empfehlungen des Genfer UN-Komitees über die Rechte des Kindes zur Umsetzung dieses Rechts verweisen.

Mehr als 30 Jahre

haben wir als Bewegung unsere Position in der Anklage und dem Kampf gegen die wirtschaftliche Ausbeutung von Millionen von Kindern in der Welt zum Ausdruck gebracht. Zugleich halten wir unsere Ablehnung der ILO-Konvention 138 über Mindestalter zur Aufnahme einer Arbeit aufrecht und bekräftigen aufs Neue unsere Kritik und Opposition gegenüber der Konvention 182 über die „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ ebenso wie gegenüber dem IPEC-Programm (der ILO) zur Beseitigung der Kinderarbeit.

Gegenüber der Konvention 138

betonen wir, dass das Mindestalter für die Aufnahme einer Arbeit für Kinder unter 14 Jahre diskriminierend und ausschließend ist. Diese Konvention verurteilt zur Illegalität und Informalität und setzt tausende arbeitender Kinder in gravierender Weise der Ausbeutung aus.

Gegenüber der Konvention 182,

die die Benutzung, die Rekrutierung und das Anbieten von Kindern zur Prostitution, der Herstellung von Pornographie oder die Benutzung von Kindern zu unerlaubten Tätigkeiten, insbesondere zur Herstellung und dem Vertrieb von Drogen, als „schlimmste Formen der Kinderarbeit“ betrachtet, betonen wir, dass diese Taten Verbrechen und eine flagrante Verletzung der Menschenrechte der Kinder darstellen. Es ist klar, dass wir auch gegen all diese Taten sind, aber sie mit „Arbeit“ zu verwechseln, erzeugt gefährliche Konfusionen und führt zu Praktiken, die allein repressiv sind und in keiner Weise befreiende Alternativen bieten.

Ernsthafte Konsequenzen

Unsere Bewegung hat schon auf den Konferenzen von Amsterdam und Oslo (1997), die der Vorbereitung der Konvention 182 gewidmet waren, auf die negativen Auswirkungen aufmerksam gemacht, die diese Konvention für tausende von arbeitenden Kindern mit sich bringen würde. Ihre Verabschiedung (im Jahr 1999) hat dann tatsächlich in einigen unserer Länder die Ausarbeitung repressiver Maßnahmen zur Folge gehabt und zur Kriminalisierung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Situation der meisten unserer Familien beigetragen. Die ständigen Razzien, die Verfolgung und Stigmatisierung der Arbeit der Kinder in Ländern wie Kolumbien, Peru, Paraguay und Guatemala sind deutliche und bedauernswerte Beispiele für die Folgen von politischen Maßnahmen der „harten Hand“.

Das Fehlen der Objektivität

dieser internationalen Organisationen, die nicht aufhören, unsere Würde mit Füßen zu treten, wenn sie Sätze wie diese gebrauchen: „Die Kinderarbeit verhindert die Entwicklung“ – oder: „Ohne die Ausrottung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit sind die wichtigsten Millenniums-Ziele nicht zu erreichen“. *Mit Äußerungen dieser Art will man die wirklichen Gründe der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise verbergen, die unsere Völker in der jüngsten Geschichte als Resultat des neoliberalen Wirtschaftsmodells erleben mussten.* Dieses Modell verurteilt Millionen von Kindern und Jugendlichen zu Armut, Marginalisierung

und Exklusion. Die in Den Haag geplante Konferenz läuft offensichtlich darauf hinaus, diese These zu bestätigen.

Wir schlagen vor:

Da wir arbeitenden Mädchen und Jungen die Realität der arbeitenden Kinder in Lateinamerika und der Karibik kennen, können wir mit unseren Organisationen dazu beitragen, Bildungs- und Arbeitsprogramme zu entwickeln, die dazu dienen werden, uns als Produzent/innen und Bürger/innen auszubilden.

Wir fordern:

- dass die internationalen Organisationen und die Gesellschaft im Allgemeinen uns als soziale Akteure, politische und wirtschaftliche Subjekte anerkennen. (Dass sie uns ohne weitere Verzögerung einladen, an den Debatten und bei der Redaktion der Texte auf der kommenden Konferenz von Den Haag mitzuwirken.)
- dass sie uns bei der Gestaltung der öffentlichen Politik, die uns betrifft, einbeziehen.
- dass sie uns immer konsultieren, damit die von ihnen praktizierte Sozialpolitik vollständig ist und dazu beiträgt, unsere Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entwickeln, und so die soziale Exklusion und Marginalisierung zu überwinden, die wir in vielen Ländern des Südens erleben.
- dass die Staaten in die Bildung, die Gesundheit, die Ernährung, die Erholung und die Verteidigung der Umwelt investieren, statt die sog. Auslandsschulden zu bezahlen.
- dass sie uns zuhören und unsere Vorschläge für eine Solidarische Ökonomie aufgreifen, wo sich soziale und Arbeitsbeziehungen entwickeln, die nicht länger unsere Würde als menschliche Wesen verletzen; sie ist auch geeignet, unsere Umwelt zu schützen und die Solidarität der Völker zu fördern.

Wir appellieren

an die Organisationen der Arbeiterinnen und Arbeiter, an die Organisation der Bauern, der indigenen und afroamerikanischen Völker, der Schüler/innen und Student/innen, der Frauen, der Intellektuellen, an die fortschrittlichen Regierungen der Welt, mit unserem Appell solidarisch zu sein. Sie sollen sich nicht den internationalen Institutionen unterwerfen, die mit ihrer Politik und ihren Programmen nur auf Kontrolle aus sind; auch wenn diese sich mit guten Absichten tarnen, bewirken sie nichts anderes, als ein System der Ausbeutung der Menschen aufrechtzuerhalten.

Wir fordern

aufs Neue, uns als arbeitende Mädchen und Jungen anzuerkennen, um den Wunsch zu erfüllen, den ein arbeitendes Kind so ausgedrückt hat:

„Wir wollen das Glück einer Kindheit möglich machen, die gemeinsam mit den Erwachsenen und mit der ganzen Gesellschaft aus dieser Welt ein großes Haus macht, das für alle da ist.“

Ja zur Arbeit in Würde – Nein zur Ausbeutung!

Ja zur Gleichheit – Nein zur Diskriminierung!

Ja zur geschützten Arbeit – Nein zu Misshandlung und Missbrauch!

6. April 2010